

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Seitenspreis vierteljährlich 1,50 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsverzeichnisse.

Für den Inhalt verantwortlich: H. G. Müller  
Schwäbische und Württembergische: Friedrichstraße 16 b II.  
Verantwortlich: Nr. 3300. — Postfachkonto Stuttgart 2008.

Abonnementgebühren für die sechsmonatliche Monatshefte:  
Abonnementgebühren 1,50 Mark, andere Anzeigen 5.— Mark.  
Beilagenheften finden keine Aufnahme.

### Cäsarismus

Die Gewerkschaften haben die Pflicht, für die Lösung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft tätig zu sein. Sie können diese Tätigkeit nur erfolgreich entfalten, wenn das Koalitions-, Versammlungs- und Streikrecht der Arbeiter gewahrt bleibt. Dazu gehört volle Freiheit der Presse. Jeder Versuch, an diesen Rechten zu rütteln oder die Ausübung derselben zu erschweren, muß von allen Gewerkschaften, mögen sie politisch stehen wo sie wollen, mit aller Kraft abgeschlagen werden. Wir wissen, daß die Gewerkschaften ihre Tätigkeit nicht ohne Rücksicht auf die politischen Verhältnisse ausüben können, da alle wirtschaftlichen Fragen einen mehr oder weniger starken politischen Hintergrund haben. Im kaiserlichen Deutschland gaben sich die Gewerkschaften den Schein „politischer Neutralität“, um den Verfolgungen der politischen Machthaber zu entgehen. Trotzdem, da facto waren sie auch politisch tätig und bekannten sich rückhaltlos zu Organen des proletarischen Klassenkampfes.

Hitler's Versuch, mit Hilfe des Sozialistengesetzes die Arbeiterbewegung zu spalten, scheiterte, wie auch alle Schlägen und Habseligkeiten seiner Nachfolger, erfolglos blieben. Die Sozialdemokratie wuchs und mit ihr auch die freien Gewerkschaften.

Was sehen wir im gegenwärtigen Deutschland, dem Lande der „Demokratie“? Was unternehmen die derzeitigen Machthaber, die sich als „Sozialisten“ bezeichnen, gegen die politischen Parteien des Proletariats, wie auch gegen die Tätigkeit der Gewerkschaften? „Das Sozialistengesetz ist wieder außerstande!“ schreibt der Demokrat H. v. Gerlach in der Welt am Montag. Und weiter:

„Die Presse ist wieder rechtlos geworden. Die Menschen sind wieder rechtlos geworden. Täglich erfolgen Verhaftungen, ohne daß den Verhafteten auch nur ein Grund mitgeteilt wird. Wie viele Menschen in den letzten vierzehn Tagen nicht wegen ihrer Taten, sondern wegen ihrer Gesinnung hinter Gittern maniert worden sind, weiß niemand. Wir werden erschreckende Zahlen genannt.“

Gerlach, ein bürgerlicher Demokrat, überschüttet die Regierungsmänner Bauer und Noske mit Hohn und Spott, indem er unter Hinweis auf die Unterdrückung der Pressefreiheit weiter schreibt: „Diese Hüter der Demokratie gemieren sich also nicht, unter Umständen auch den Willen einer Mehrheit einfach mit militärischen Machtmitteln zu brechen.“ Und dann fragt Gerlach: „Warum die Zeitungswörter, warum die Verhaftungen? Sehr einfach: die unabhängige Politik soll lahmgelegt werden. Mit anderen Worten: Gustav paßt die ganze Richtung nicht.“ Gerlach vergleicht diese Tätigkeit mit der Wilhelm's, der auch eine Selbstschichtung mit dem Staatszwang auszuüben wollte. Es zeige sich, daß Bauer, Noske und ihre Gefolgsleute kein Vertrauen zu geistigen Waffen haben und darum zu anderen Waffen greifen. Hitler sei ein genialer Reel gewesen, aber ein miserabler Volkspsychologe. In dieser seiner zweiten Eigenschaft ähnele ihm sein Nachfolger Bauer auf ein Haar.

Wir haben es herrlich weit gebracht im „neuen“ Deutschland! Bürgerliche Politiker verteidigen die Grundrechte der Staatsbürger gegen die Diktatur der Bauer und Noske. Selbst bürgerliche Zeitungen, die sonst jede Gelegenheit zur Niederhaltung der Arbeiterschaft begrüßen, erheben gegen die Gewalttate der Regierung Einspruch und fordern die Pressefreiheit sowie die Bekanntheit der Gründe, die zur Verhaftung politischer Führer vorliegen.

Die Arbeiterschaft darf sich nicht rühren, sie darf nicht protestieren, sie muß zu allem schweigen. Versammlungen sind verboten oder werden mit Maschinengewehren und Handgranaten auseinander getrieben. „Man ist feig, wenn man Kirchhofstraße ergibt.“ schreibt H. v. Gerlach. „Haben die Herren noch nie von der Ruhe vor dem Sturm gehört?“

Georg Davidsohn, M. d. R., ein Rechtssozialist, sieht sich gezwungen, gegen Noske die schwersten Anschuldigungen zu erheben. So wird ihm nicht leicht, denn er schreibt: „Nein! Man kann nicht länger schweigen; denn die Zeiten sind vorüber, da Steine rollen und die Gräber sich öffnen.“ Er erkennt die große Gefahr, in die das deutsche Volk durch Noske und seine Gefolgsleute gebracht worden ist. Leider müssen wir aus Raumangel auf die vollständige Wiedergabe der Davidsohnschen Anklagen verzichten. Nur zwei Punkte seiner schweren Anklagen wollen wir kurz wiedergeben. Für die scheinlichen Worte der Marx' und Kessel macht er Gustav Noske verantwortlich, „denn für ihn glaubten sie worden, Lügen, fälschen, falsch Zeugnis ablegen zu sollen.“ Damit hat Davidsohn ganz richtig die politische Atmosphäre unserer Zeit erfaßt.

Aber weiter beschuldigt Davidsohn Noske des Verfassungsverbruchs, indem er feststellt, daß Noske eine „Justizaktion“ erlassen hat, wonach „für den Fall eines erneuten Aufstands“ auch Abgeordnete unter Nichtbeachtung des Immunitätsschutzes verhaftet werden dürfen, um dann u. a. dazu folgendes zu schreiben:

„Unterem Sozialistengesetz, dem Ausnahmegesetz, dem Schandgesetz, das die Mitglieder der „Mittelpartei“ vogelfrei machte, haben Otto v. Bismarck, Robert Viktor v. Puttkamer und andere Junker und Junkerherrscher zu wiederholten Malen den Versuch gemacht, der Immunität des Hauses des sozialdemokratischen Abgeordneten von damals ein Bein zu stellen. Vergebens! Für diese „Selbstverständlichkeit“ fand sich unter Wilhelm I. sogar noch den Attentat auf ihn keine bürgerliche Mehrheit, und es fand sich kein Kriegsmittler, der einen derartigen Rechts- und Verfassungsverbruch für eine nicht-als-militärische Maßnahme“ erklärt hätte. Diese Entscheidung ist Gustav Noske vorbehalten geblieben. Zwischen 1879 und 1919 liegen allerdings 40 Jahre, und in vier Jahrzehnten lernt mancher so manches.“

Unter solchen politischen Verhältnissen können auch die Gewerkschaften nicht mehr ihren Pflichten nachgehen. Auch gegen sie richtet sich die Diktatur der Bauer und Noske. Die Verhaftungen unserer Vertrauensleute in den Betrieben lassen sich gar nicht mehr übersehen, zumal die Verhafteten „verschwinden“, ohne daß jemand weiß, wohin. Leitende Funktionäre unserer Organisation werden ständig von einem oder politischer Spitzel verfolgt und Gewerkschaftsversammlungen auseinander gesprengt. Nur einen Fall wollen wir anführen. Eine Versammlung der „Drammerter“, die von mehreren Tausend Per-

sonen besucht war, darunter zur Hälfte Frauen, wollte die Hilfe der neuen Arbeiterausschüsse anrufen. Da erscheint die Rottruppe in Stahlhelmen, mit Handgranaten, Maschinengewehren und Flammenwerfern, löst die Versammlung auf und fordert die Räumung des Saales innerhalb einer Minute. Vor dem Lokal waren gleichfalls Maschinengewehre und Flammenwerfer in Stellung gebracht.

Die derzeitigen Machthaber scheinen von allen guten Weibern verlassen. Sie wollen „Ruhe und Ordnung“ schaffen und bestreiten sich dabei derselben Mittel, wie ihre Vorgänger aus dem kaiserlichen Deutschland, nur noch in brutalerer Form. Es kann keinen Arbeiter geben, der diese Gewaltmaßnahmen billigt. Die Bauer und Noske machen jetzt auch dem dümmsten Arbeiter begrifflich, wozu er gehört. Die Arbeiterschaft wird und muß einig sein in der Abwehr dieser Entsetzungsversuche. Überall müssen die Gewerkschaften Versammlungen einberufen und Protest erheben gegen diesen modernen Cäsarismus.

### Das Betriebsrätegesetz

Wir haben in Nr. 8 den Entwurf eines Gesetzes über Betriebsräte einer kurzen Kritik unterzogen und auf seinen Werdegang hingewiesen. Die Nationalversammlung hat nach kurzer Beratung den Entwurf mit 218 gegen 64 Stimmen angenommen. Diese gewaltige Mehrheit von Stimmen, mit der die Nationalversammlung das Gesetz annahm, ist aber kein Beweis für die Güte des Gesetzes und bricht auch nicht die Zufriedenheit der Zustimmung über das Gesetz aus. Die äußerste Rechte und Linke bekämpften das Gesetz mit aller Entschiedenheit. Selbstverständlich auf Grund ganz verschiedener Motive. Ein Vorgang, der in der parlamentarischen Geschichte Deutschlands nicht neu ist, sondern auch zur Zeit Bismarck und Bismarck's des öfteren in die Erscheinung getreten ist.

Die äußerste Rechte würde dem Gesetz ebenfalls ihre Zustimmung gegeben haben, wenn die Betriebsvertretungen als Arbeiterausschüsse und nicht als Betriebsräte bezeichnet worden wären. Der Abg. Rumm, einer der gefährlichsten Scharfmacher, schreibt in der „Deutschen Zeitung“, daß die Deutschnationalen für Arbeiterausschüsse eintreten würden und auch im Zusammenhang der Unternehmenseinheit mit den Gewerkschaften in den Arbeitsgemeinschaften wünschen zur „Gewirkung gedankensfähiger Organisationen“, aber „das Wort „Räte“ weist unabwehrlich auf seinen Ursprung, nämlich auf die russische Sowjetrepublik zurück.“ Solche Gedanken müssen diese Vertreter der kapitalistischen und monarchischen Gegenrevolution bekämpfen, selbst wenn im Gesetz ihre Wünsche zur Anerkennung der Arbeiterschaft berücksichtigt werden.

Die äußerste Linke hat das Gesetz mit allen parlamentarisch möglichen Mitteln bekämpft. Sie erkannte in dem Gesetz einen unerhörten Volksbetrug. Nicht ein Gesetz zum Schutze und zur Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter ist zustande gekommen, sondern zum Schutze des Unternehmertums. Alle Rechte der Arbeiter, die nach der Novemberrevolution erkämpft worden sind, werden nunmehr „gesetzlich“ wieder aufgehoben. Dazu bringt das Gesetz eine starke Milderung des Streikrechts der Arbeiter, die durch ein Gesetz über „obligatorisches Schlichtungsverfahren“ und ein Gesetz über „Arbeitslosenversicherung“ so weit gefeigert werden soll, daß von einem Streikrecht nichts mehr übrig bleiben wird. Jeder Volksvertreter, der die Interessen des werktätigen Volkes wahrren will, konnte und durfte nicht anders handeln als die äußerste Linke.

Die Koalitionsparteien, die Mitte des Parlamentes, Zentrum, Demokraten und Rechtssozialisten schufen das Gesetz, vielmehr kompromittierten es zusammen. Keine dieser drei Parteien ist mit dem Gesetz zufrieden. Jede legt die einzelnen Paragraphen aus, wie ich sie auffasse.“ Demokraten und Zentrum waren übrigens zu dem Kompromiß erst dann bereit, nachdem die Rechtssozialisten ihre Zustimmung zu einem Antikriegsgesetz gegeben hatten. Der Demokrat Weinhausen machte dem Arbeitsminister Schlichte heftige Vorwürfe, weil er das Antikriegsgesetz noch nicht vorgelegt habe. Damit die Befreiung des Streikrechts der Arbeiter sofort erfolgt, wurde von den Koalitionsparteien mit Einschluß der äußersten Rechten folgender Antrag angenommen:

„Die Reichsregierung zu ersuchen, den in Antikriegsgesetz enthaltenen über obligatorisches Schlichtungsverfahren ohne Verzögerung einzubringen.“

Was nun? Die Rechtssozialisten suchen der Arbeiterschaft alle möglichen und unmöglichen Vorteile des Gesetzes vorzutauschen. Herr Okerroth benutzte die Parlamentariertribüne zur Verbreitung der gemeinsten Lügen über alle die, die in dem Gesetz nicht ein Mittelmittel für die Arbeiterschaft erblickten können. Dreißig und sechs behauptet derselbe Herr im „Vorwärts“ vom 19. Januar, „das Gesetz bringe für die Allgemeinheit weit mehr, als in irgendeinem Betriebe der deutschen Industrie durch die revolutionäre Macht der Arbeiter erreicht wurde.“ Diesem Treiben kann heute nicht entgegengetreten werden, da ja die Presse der U. S. P. und R. P. unterdrückt worden ist. Es entsteht eine falsche Auffassung über das Gesetz, es werden Hoffnungen erweckt, denen sehr bald die bittere Enttäuschung folgen muß. Wir werden in den nächsten Nummern unserer Zeitung die nächsten Bestimmungen des Gesetzes wiedergeben, daran kann jeder sich sein Urteil selbst bilden.

Unter unseren Mitgliedern ist vielfach die Meinung verbreitet, man solle sich überhaupt nicht an den Wahlen zum Betriebsrat beteiligen. Diese Auffassung ist falsch. Gewiß, das Gesetz schafft keine Betriebsräte, wie sie sein sollen, aber wir wollen und müssen den technischen Inhalt des Gesetzes benutzen, um uns Betriebsräte zu erkämpfen, mit denen wir eine Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage erreichen, wie auch alle Vorbereitungen zur Überleitung der kapitalistischen zur sozialistischen Produktionsform treffen können. Deshalb haben unsere Mitglieder die Pflicht, sofort die Wahlen von wahrhaft revolutionären Betriebsräten vorzubereiten. Und wir das, dann wird das Gesetz über Betriebsräte werden wie jene Kraft, die Böses will und Gutes schafft.

### Klassenkampf oder Arbeitsgemeinschaft?

Der Nürnberg-Gewerkschaftskongress im Juni 1919 billigte die von der Generalkommission und den Verbandsverbänden verfolgte Politik der Arbeitsgemeinschaften. Die Anhänger dieser Politik vertreten die Ansicht, daß durch Schaffung von Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeiter- und Unternehmerorganisationen der Klassenkampfcharakter der Gewerkschaften nicht verletzt wird, sondern damit nur eine logische Fortsetzung der von jeher erstrebten Tarifpolitik gegeben sei, durch die am wirksamsten die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft gebessert und somit auch am wirksamsten die Klassen-gegenstände beseitigt werden können. Wenn auf politischem Gebiete die formale Demokratie und auf wirtschaftlichem Gebiete die Arbeitsgemeinschaften durch Arbeit und Kapital verwirklicht werden, dann ließe sich sehr bald der Kapitalismus überwinden und der Sozialismus errichten.

Mit dieser Theorie sucht man die Arbeitsgemeinschaften zu rechtfertigen und sogar wissenschaftlich zu begründen. Wir haben gegen solche Versuche nichts einzuwenden, müssen aber mit aller Schärfe betonen, daß das eine Theorie ist, die sich nicht auf dem Sozialismus stützen kann. Wir haben im vorigen Hefen bereits die Grundzüge des Sozialismus skizziert; er ruht einmal auf dem historischen Materialismus, und dann auf der Werttheorie. Auf ersterem brauchen wir nicht noch einmal einzugehen, wohl aber müssen wir kurz die Werttheorie streifen, da wir ja mit dieser die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der Gegenwart am sichersten beurteilen können, um dann auch die richtige Haltung für die Gewerkschaften zu finden. Wir sagen dabei vielen Kollegen nichts Neues, sondern stellen allgemein Bekanntes fest. Aber die Anhänger der Arbeitsgemeinschaften zwingen uns durch die Art und Weise, wie sie ihre Haltung zu rechtfertigen suchen, das ABC aller sozialistischen Erkenntnisse hier zu erörtern.

Wir wissen, daß alle Werte nur durch menschliche Arbeit geschaffen werden können. Wir wissen weiter, daß alle in der gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch Arbeit geschaffene Werte in zwei Teile gehen. Den einen Teil erhält der Arbeiter als Lohn, während der andere Teil dem Besitzer des Kapitals, dem Besitzer der Produktionsmittel als Mehrwert zufließt. Kapitalist und Arbeiter müssen sich in die erschaffenen Werte teilen. Will der Arbeiter seinen Anteil erhöhen, so muß er das Mehr vor Anteil des Kapitalisten nehmen. Erhöhung des kapitalistischen Profits bedingt eine Herabsetzung des Lohnes des Arbeiters. Der Unternehmer kann seinen Anteil auch erhöhen ohne Herabsetzung des Lohnes des Arbeiters, wenn er letzteren zu stärkerer Arbeitsleistung antreibt, mehr Werte schaffen läßt, aber auf gleichen Lohn hält. Diese Tendenz sucht der Unternehmer mit Hilfe einer vorgeschrittenen Technik zu verschleiern. Damit ist in wenigen Worten das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung skizziert, das selbstverständlich in seiner Komplexität ausführlich erörtert werden müßte, was aber im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich ist.

Wir wissen weiter, daß die Kapitalisten gezwungen sind, ihren Mehrwert ständig zu vergrößern. Sie müssen die Ausbeutung der Arbeiter — sei es durch Senken der Löhne oder Verdrängung der Ausbeutungsmittel — verschärfen. Das eigene Land wird für sie zu eng; sie müssen ihren Platz in der Weltwirtschaft zu behaupten suchen. Dieser im kapitalistischen System liegende Ausbeutungszwang führte zu jener kapitalistisch-imperialistischen Hochspannung, die im Weltkrieg ihre Entladung fand. Der deutsche Kapitalismus ist durch den Ausgang des Weltkrieges fast geknackt. Will er sich aufrichten und seine verlorene Position wieder gewinnen, so kann das nur durch verschärfte Ausbeutung der Arbeiter erreicht werden, nur, indem er den Anteil des Arbeiters an den von diesen geschaffenen Werten möglichst herabdrückt. Das muß logischer Weise auch den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit verschärfen und zu jurstärkeren Klassenkämpfen führen, wie wir sie gegenwärtig sehen. Da der Gegenwartskampf trotz der formalen Demokratie das Herrschaftsinstrument der kapitalistischen Gesellschaft ist und seine Machtmittel zur Wiederherstellung der Arbeiterschaft anwendet, müssen diese Klassenkämpfe, ob wirtschaftliche oder politische Ursachen vorliegen, zu revolutionären Klassenkämpfen ausarten.

In dieser revolutionären Epoche schließen die Vertreter der Organisationen der Unternehmer mit den Vertretern der Organisationen der Arbeiter Arbeitsgemeinschaften, die „alle sozialen Fragen klären, ihre Lösung fördern und bei Gegenständen zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern schlichtend und ausgleichend tätig sein sollen.“ — Wenn das um seine Organe verwehrt eingetragene Unternehmertum dieses Mittel zur Befreiung seiner Lage ergreift, kann man dafür eine Erklärung finden, nicht aber für die Haltung jener Gewerkschaften, die sich als Sozialisten bezeichnen und als Führer von Klassenkampforganisationen gelten wollen. Hier muß eine Beachtung vorliegen, die häufig als bewußter Verstoß bezeichnet wird, wie wir aber zu erklären versuchen durch jene Reformsozialismus, der jahrzehntelang in der deutschen Sozialbewegung sein Spiel trieb und heute noch durch die rechtssozialistische Partei vertreten wird; und weiter durch die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften mit ihren eben durch diese Entwicklung und durch die treibhausartige Entwicklung der deutschen Industrie ausgelösten wirtschaftlichen Kämpfe.

Obwohl der Krieg 1870/71 für Deutschland einen gewaltigen Aufschwung des Wirtschaftslebens brachte und die Industrialisierung mit Riesenschritten vorwärts trieb, war die Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften bis zum Falle des Sozialistengesetzes nur sehr beschränkt, zumal eine unheilvolle Zersplitterung überwinden werden mußte und der Gedanke der Zentralisation sich nur langsam Bahn brach. Die Gewerkschaften mußten damals ihre Tätigkeit auf rein lokale Bewegungen beschränken und mit kleinen Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder zufrieden sein. Erst nach dem Falle des Sozialistengesetzes erkannten sie zu großen Zentralverbänden, die sich wiederum zusammenschlossen. Aber gleichzeitig organisierte

\* Siehe den Artikel mit gleicher Überschrift in Nr. 4 der M.-Z.

sch auch das Unternehmertum. Bald standen sich diese gewaltigen Verbände im Kampfe gegenüber. Damit wurden die wirtschaftlichen Kämpfe für die Gewerkschaften weit gefährlicher; sie durften nicht draußes kämpfen, sondern mußten die Vorbereitung ihrer Kämpfe sorgfältig abwägen. Die Gewerkschaften bedurften gewisser Ruhepausen, um sich von den stattgefundenen Kämpfen zu erholen und ihre Organisationskräfte für neue Kämpfe zu stärken. Das gleiche Bedürfnis lag auch bei den Unternehmerorganisationen vor. Die für Arbeiter wie Unternehmerorganisationen erforderliche Ruhebedürfnis führte zum Abschluß von Tarifverträgen.

Die Tarifpolitik hatte anfangs zweifellos ihre Berechtigung. Sie entsprach den damaligen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen, trug zu einer Stabilisierung der Löhne bei und vermochte wohl auch kleine Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Über neben diesen Vorteilen zeigten sich sehr bedenkliche Nachteile. Die Gewerkschaftsführer mußten die Mitglieder zur Einhaltung der Tarifbestimmungen anhalten, was nach und nach zu einer Bürokratisierung ihrer ganzen Tätigkeit führte und sie außerdem veranlaßte, den Kampf als Mittel zur Erreichung besserer Verhältnisse mehr und mehr zurückzulassen. Von einem Kampf um die Produktionsmittel oder von sonstigen politischen Kämpfen wollten die Gewerkschaftsführer nichts wissen, sie fürchteten die damit verbundenen Gefahren für die Organisation sowie auch für ihre, durch wohl-durchdachte Statuten gesicherte Bürokratenherrschaft. Wie stark die Gewerkschaftsführer durch ihre Reformpolitik auf die Haltung der Sozialdemokratie einwirkten, konnte man an den Verhandlungen des Mannheimer Parteitages im Jahre 1908 feststellen.

Verstärkt mehrere Jahre vor Ausbruch des Krieges traten die Nachteile der Tarifpolitik gegenüber ihren Vorteilen so stark in die Erscheinung, daß der Widerstand dagegen innerhalb der Gewerkschaften immer schärfer wurde. Das imperialistische Regime mit seinen Gefahren auf außerpolitischem Gebiete und seiner Belastung der Volksmassen auf innerpolitischem Gebiete, sowie die sozialistische Schulung der Massen durchführte auch die Gewerkschaftsbewegung. Aber unsere alten, „bewährten“ Gewerkschaftsführer waren immer noch überglücklich, wenn sie nur ihre Füße mit den Unternehmern unter den Verhandlungstisch stellen konnten. Wenn dann auf dem Verhandlungstische 1 oder 2 Lohnserhöhungen „erdampft“ worden war, dann rechnete sie das um sechs Jahre für Gehnlaufende ihrer Mitglieder, um damit den großen Erfolg dieser Politik zu beweisen. Den Unternehmern fiel es in Anbetracht ihrer Riesengewinne wirklich nicht schwer, solche Zugeständnisse zu machen. Unsere „bewährten“ Gewerkschaftsführer konnten sich nicht frei machen von der durch die wirtschaftliche und politische Entwicklung überlebten Tarifpolitik; sie waten zu der Auffassung gekommen: dem Arbeiter kann es nur gut gehen, wenn es auch dem Unternehmer gut geht. Der Sozialismus erschien ihnen als ein in weiter Ferne liegendes Ideal, das zu erstreben sich kaum der Mühe lohnt. Niemand braucht sich deshalb zu wundern, wenn sich unter diesen „Sozialisten“ Leute fanden, die nach Ausbruch des Krieges zu den eifrigsten Rufem nach dem Burgfrieden zählten, jeden wirtschaftlichen Streit zu verhindern suchten, ihre eigenen Mitglieder der Militärgewalt benutzten und selbst zu Urhebern des die Arbeiterschaft machenden Hilfsdienstgesetzes wurden, und außerdem sich als fanatische Kriegsheer betätigten.

Wenn die Arbeitsgemeinschaften von den Gewerkschaftsführern als Fortsetzung der Tarifpolitik angesehen werden, so beweisen diese Leute damit — wie das ja aus ihrer ganzen Vergangenheit auch zu erklären ist — daß sie die Gewerkschaften niemals als Organe des proletarischen Klassenkampfes angesehen haben. So wenig man mit Hilfe von Tarifverträgen die Klassengegensätze beseitigen kann, so wenig kann man das mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaften. Die Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital ergeben sich aus der kapitalistischen Produktionsweise, sie sind unüberwindlich. Wer diese Gegensätze mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaften „schlichtet“ oder „ausgleicht“ will, der macht sich die Ideologie der gelben Berednerne zu eigen. Die Gelben glauben auch an ein wirtschaftsfriedliches Zusammenarbeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern. Auch sie wollen alle Differenzen ausgleichen und schlichten. Dieselben Gewerkschaftsführer, die früher diese utopischen Ziele mit Hohn und Spott bekämpften, sind heute dieser Ideologie verfallen, ja, man kann feststellen, daß die Satzungen der gelben Berednerne fast wörtlich von den Gewerkschaftsführern in die Satzungen der Arbeitsgemeinschaften übernommen worden sind.

Obgleich die Arbeitsgemeinschaften den Unternehmern eine gewisse Sicherung der kapitalistischen Produktion und Ausbeutung gewährten, verhielten sich diese zunächst ablehnend. Sie nahmen mit Recht an, daß die Arbeiter bei der Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen durch Not gezwungen auch einmal die von ihren Führern ausgesprochenen Schranken brechen würden. Erst der militärische und politische Zusammenbruch vom Oktober 1918, der das Unternehmertum in eine große Gefahr brachte, veranlaßte die führenden Männer der deutschen Industrie zum Abschluß der Arbeitsgemeinschaften. Wir können heute auf eine 1/2-jährige praktische Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften zurückblicken. Diese ist so lehrreich, daß wir sie später in einem besonderen Artikel beleuchten werden. Dabei werden wir finden, daß die Ereignisse auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete innerhalb der kurzen Zeit von Oktober 1918 bis Anfang 1920 aus die Arbeitsgemeinschaften als Organe zur Unterbrechung der Klassenkämpfe, als Organe im Dienste der kapitalistischen Gegenrevolution erkennen lassen. Aber gleichzeitig werden wir sehen, daß die ökonomischen Bedingungen, die das Werden und Gelingen der Menschheit ermöglichen und bestimmen, das Proletariat veranlassen, diese künstlichen Schranken zu durchbrechen und mit Hilfe revolutionärer Klassenkampforganisationen seinen Befreiungskampf zu führen.

### Tatsächliche Probleme

Unter dieser Überschrift brauchen wir in der vorigen Nummer einen Artikel von Gustav Grune, in dem sich der Verfasser u. a. auch gegen die „antibürokratischen Bestrebungen“ und „Masseninitiative-syndikalistischen Extremismus“ der Berliner Arbeiterräte wendet. Kollege Grune hat seine Ausführungen auf eine Resolution, die in einer Versammlung der Berliner Arbeiterräte angenommen worden ist. Dabei überblickt er die Umstände, unter denen jene Resolution mit ihrer Annahme zustande kam. Obgleich es darüber in der Tagespresse genügend geschrieben worden, jedoch wir nicht noch einmal darauf zurückkommen brauchen. Gefragt wird aber in Anbetracht der Gruneschen Ausführungen auch einmal werden, was gerade die Berliner Arbeiterräte den schärfsten Kampf gegen syndikalistische Bestrebungen geführt haben, ja, daß sie schließlich alle Anhänger solcher Bestrebungen aus der Schloßgemeinschaft der Arbeiterräte ausgeschlossen haben. Demzufolge sind die Schlussfolgerungen des Kollegen Grune, soweit sie den Berliner Arbeiter-räte betreffen.

**Berichtigung zum Artikel „Der Lebensmittelpreiskampf“** in Nr. 6 der Metallarbeiter-Zeitung. Der Verfasser des Artikels mit gleichem Titel in Nr. 2 des Correspondenzblattes des Gewerkschaftsbundes hat die Erklärungen des Kollegen Schmidt, sondern der Verfasser des Lebensmittelpreiskampfes G. Schmidt. In unserer Aufstellung über die Erzeugung und die Tendenz des besprochenen Artikels kann dieser Text nicht anders. Der Text war nur dadurch möglich, daß wir es für ausgeschlossen hielten, daß ein Gewerkschaftsführer sich zum Verteidiger dieser verwerflichen Regierungsmassnahmen aufstellen könnte. Die Erklärung.

## Die Wirtschaftslage Deutschlands gegen Ende 1919

Wieht man das Resultat des verflorenen Jahres in wirtschaftlicher Beziehung, so muß man zunächst feststellen, daß auch in wirtschaftlicher Beziehung ein Rückschlag eingetreten ist. Hatte in der Zeit der Inflation der Staat in der Wirtschaft wieder in die Hände der Militärschicht geraten, so ist in wirtschaftlicher Beziehung ein bedeutender Schritt rückwärts von der Organisation der Wirtschaft während des Krieges zur sogenannten freien Wirtschaft gemacht worden. Auch in den Wirtschaftszweigen, in denen die Zwangsorganisationen noch geblieben sind, macht sich eine vollständige Desorganisation bemerkbar. Die Zwangswirtschaft ist vielfach durchlöcherter unter geringerer oder größerer Duldung der Regierung. Der Versuch, das ehemalige Wirtschaftsmittel und die Planwirtschaft aufrecht zu erhalten und aufzubauen, ist mißlungen, weil die Regierung, die sich auf das spekulative Kapital stützt, dessen Forderungen entspricht und immer mehr die freie Wirtschaft einfrachtet. In der gleichen Richtung wirkte auch die Entente, die dem freien Schleichhandel im Westen Tür und Tor öffnete und Deutschland geschädigt hat, das Loch im Westen zu verstopfen. Der „freie Handel“ kaufte nun für 20 Milliarden statt der notwendigen Lebensmittel und Rohstoffe Zigaretten, Zigaretten, Kaffee und andere Luxusgegenstände. Infolgedessen ist die Zahlungsbilanz Deutschlands außerordentlich ungünstig geworden.

In erster Linie machte sich die „freie Wirtschaft“ auf dem Gebiete des Geldwesens bemerkbar. Eine unglaubliche Flut von Papiergeld bedeckte das Land. Es betrug nämlich der Umlauf von Reichsbanknoten und Darlehnskassenscheinen:

	Reichsbanknoten M. B.	Darlehnskassenscheine M. B.		Reichsbanknoten M. B.	Darlehnskassenscheine M. B.
1914 30. Juni	2406,8	—	1917 31. Dez.	11467,7	6264,5
1914 31. Dez.	5045,9	445,8	1918	22191,8	10242,2
1915	6917,9	972,2	1919	35608,0	18901,6
1916	8054,6	2873,0			

Von Ende 1914 bis 1917 stieg die Zahl des umlaufenden Papiergeldes um 19,24 Milliarden. Während des Jahres 1918 ging die Vermehrung der Papiergeld-Zirkulation schon in rascherem Tempo vor sich und stieg um neue 14,4 Milliarden an. Das war wohl verursacht durch die Befehls- und Zwangswirtschaft durch Deutschland und durch die allgemeine Steigerung der Kriegskosten, die auf 50,27 Milliarden Mark für das Jahr 1918 angefielen sind. Immerhin schlug das Jahr 1919 einen neuen Rekord, indem die Zahl des umlaufenden Papiergeldes um 17,2 Milliarden erhöht worden war.

Diese gewaltige Vermehrung des Papiergeldes, verbunden mit der Schmälerung des Territoriums und mit der planlosen freien Wirtschaft brachte eine katastrophale Störung des Marktes auf den Weltmärkten. So wurde gesagt:

Stockholm.				Schweiz.				
Parität	Berlin	Sondun	Stemp. Paris	Parität	Berlin	Sondun	Stemp. Paris	
Ende 1917	60,0	14,25	3,04	62,7	85,75	20,84	440,0	76,6
Ende 1918	43,0	16,28	3,44	62,7	59,87	22,97	481,2	88,4
Ende 1919	9,5	17,65	4,68	43,0	11,50	21,25	557,0	82,0

Das englische Pfund und der amerikanische Dollar sind Ende 1919 sogar im Kurse in Stockholm gestiegen, während in Zürich das Pfund etwas im Kurse gesunken ist. Der Dollar ist sogar über Paris hinaufgestiegen, das heißt er hatte einen größeren Wert als zur Friedenszeit. Der französische Franc bewegt sich ungekehrt in absteigender Richtung immer weiter, ein untrüglicher Beweis dafür, daß in der französischen Wirtschaft bei weitem nicht alles so gut steht, wie man es annimmt. Immerhin ist der Franc in Schweden um 49 Prozent, in der Schweiz um 48 Prozent gesunken, während die Mark um 89 bis 90 Prozent niedriger steht als vor dem Kriege. Und diese katastrophale Entwertung der Mark ist in der Hauptsache im letzten Jahre vor sich gegangen, zu nicht geringem Teil infolge des „freien“ Spiels der Kräfte.

In Islande ist die Entwertung der Mark zwar ebenfalls um 90 Prozent eingetreten, trotzdem stehen die Preise im allgemeinen im Vergleich mit den Weltmarktpreisen, wenn man die Kursdifferenz in Betracht zieht, doch niedriger.

Nach den Untersuchungen des Statistikers Kozynski sind die Preise der eingeführten Waren jetzt um zehnmal höher als vor dem Kriege. Die Kosten der Lebenshaltung, wenn man die gleichen Waren in gleichen Mengen verbraucht hätte, würden ebenfalls um das Zehnfache und mehr gestiegen sein.

Beschränkt man sich auf die rationierten Mengen, so ergibt sich im Ganzen eine Verteuerung um das Fünf- bis Sechsfache. Die rationierten Lebensmittel vermögen aber nur den Bedarf ungefähr zu 60 Prozent zu decken, so daß man die weiteren 40 Prozent, wenn man nur 3000 Kalorien als Minimum für den Verbrauch rechnet (nach Angabe von Professor Silbergleit), auf den freien Handel, zum Teil auf den nicht rationierten Verkauf, angewiesen ist. Unter diesen Umständen steigen die Ausgaben für den Lebensmittelbedarf ebenfalls um das Zehnfache. Erst bei einer besonderen Anpassung an die veränderten Verhältnisse und bei einer relativ schlechten Ernährung kann man nur mit einem Aufwand, der das Fünffache des Kriegsauswandes beträgt, auskommen. Das Ergebnis seiner Untersuchung besteht darin, daß eine großstädtische Arbeiterfamilie, die bei einem Fortriestat von 2000 M 1000 M für Heizung, 200 M für Kleidung, 500 M für Wohnung, Heizung und Beleuchtung und 900 M für alles übrige aufwände, heute bei geschickter Anpassung an die Verhältnisse und sparsamem Wirtschaften, wenn sie halbwegs zu leben will wie früher, 6000 bis 7000 M für Heizung, 1800 bis 2000 M für Kleidung, 800 bis 1000 M für Wohnung, Heizung und Beleuchtung und noch 1200 M für sonstiges, also insgesamt 9800 bis 11200 M braucht.

Kozynski nimmt hier also einen Jahresbedarf für die notwendigen Lebensmittel von 6000 bis 7000 M an. Eine genauere Untersuchung vom Direktor des Statistischen Amtes, Professor Silbergleit, kommt schon für Ende August 1919 zum Ergebnis, daß der Lebensmittelpreiskampf pro Kopf im Jahre 2720 M beträgt, also für eine vierköpfige Familie über 10900 M. Dabei sind die Preise seit August 1919 noch bedeutend gestiegen. Auf diese Weise ergibt sich, daß auch in Islande die Mark etwa 10 bis 15 % wert ist.

Die Steigerung der Preise für andere Waren ist noch zum Teil bemerkbar. So sind zum Beispiel die Preise für Getreide nach I von 13,75 M Ende 1914 auf 114 M pro Tonne zu Anfang 1920, für Getreide für die Bevölkerung I von 13,50 M auf 108 M pro Tonne, also durch-schnittlich auf das Neunfache gestiegen, wobei allein während des Jahres 1919 die Preissteigerung das Zweifelhafte beträgt. Die Preise für Rohstoffe sind noch bedeutender gestiegen, und zwar stellen sich die Preise wie folgt:

	am Ende 1914	1. Jan. 1920	1. Jan. 1920
Stahl	79,50	314,50	1718,50
Eisenblech I	76,50	250,—	1924,50
III	70,50	243,—	1923,50
Stahlisen	69,—	240,—	1077,—
Eisenblech	73,—	250,—	1147,—

Die Rohstoffpreise sind also um das 14- bis 21-fache im Vergleich mit den Kriegspreisen und um das Vier- bis Fünffache während des Jahres 1919 gestiegen.

Die Preise für die Industrieerzeugnisse haben sich im großen Ganzen schon den Weltmarktpreisen angepaßt, während die Getreidepreise hinter den Weltmarktpreisen zurückblieben. In einem Bericht des Volkswirtschaftlichen Rates der Nationalversammlung wurden die Getreidepreise für Mitte 1919 in verschiedenen Ländern wie folgt angegeben:

	Deutschland	Schweiz	Italien	Frankreich	England
Weizen	320-335	518	420,2	607,5	825,3
Roggen	315	518	502,2	445,5	—
Gerste	300	498	502,2	445,5	854
Kafer	300	502	458,6	445,5	831

Die deutschen Preise standen damals etwas unter den englischen Preisen. Wenn man aber die Kursdifferenz in Betracht zieht, so ergibt sich eine Preisdifferenz, die das Vier- bis Fünffache und mehr des Preises beträgt. Übrigens wird der Hafer jetzt frei verkauft und stellt sich der Preis nicht mehr auf 300 M pro Tonne, sondern auf 3120 M, ist also seitdem im Vergleich zum Höchstpreise auf das Zehnfache gestiegen. Von den 3120 M erhält allerdings der Produzent nur 400 M. Der übrige Teil fällt den Spekulanten und anderen Zwischenpersonen zu. Immerhin möchten die Agrarier auch für die anderen Getreidearten den freien Handel haben, um die Preise noch viel mehr zu erhöhen, als es bis jetzt der Fall gewesen ist. (Schluß folgt.)

## Die Schließung der Eisenbahnwerkstätten

Mit brutaler Gewalt wird in Deutschland gegen die Arbeiterschaft vorgegangen. Den rigorosen Maßnahmen der Regierung ist eine besonders schwere zugefügt worden, die Schließung der Eisenbahnwerkstätten. Seit einem Jahr lamentierten die Regierungsvertreter über mangelnde Leistungen der Werkstättenarbeiter, ohne auch nur einmal positive Beweise für ihre Anschuldigungen zu bringen. Von Sachverständigen, besonders aber von Bürgerlichen, welche sich ernsthaft mit den Arbeiten in den Werkstätten beschäftigten, wurde wiederholt öffentlich festgestellt, daß nicht die Arbeiterschaft, sondern die mangelhaften Betriebsbedingungen eine Produktionssteigerung nicht zuließen. Ein Sachverständiger der Technik veröffentlichte im Laufe des vergangenen Sommers in der Frankfurter Zeitung seine Erfahrungen in den Betriebswerkstätten. Nach Beendigung des Krieges seien planlos Arbeiter eingestellt worden, unbekümmert darum ob Arbeitsplätze, Werkzeuge und Maschinen zu einer intensiven Produktion vorhanden seien. In den Werkstätten mußten immer 8 bis 4 Mann darauf warten, bis der vorhergehende die Arbeitsmaschine oder ein Stück Werkzeugs ausgetauscht hatte, um es sofort dem nächsten zu überlassen. 60 Mann und 1 Satz Schneidbohrer, das war die Regel. Daß bei einer derartigen Betriebsorganisation die Arbeitsleistung, nicht durch Schuld der Arbeiter, zurückbleibt, ist selbstverständlich. Alle Anregungen und Verbesserungsvorschläge aus Arbeiterkreisen wurden von dieser, über alles erhabenen Regierung, lächelnd abgewiesen. Obwohl, veranlaßt durch die öffentlichen Kritiken, der Regierung diese Mißstände bekannt sein mußten, geschah gar nichts, um diese Mangelwirtschaft zu beseitigen. So kam das Ende des Jahres 1919 heran, mit ihm die katastrophale Verteuerung der Lebenshaltung und das Bestreben der Regierung, alle Folgen ihrer verfehlten Politik auf die Masse der arbeitenden Bevölkerung abzuwälzen. Daß die dadurch geschaffene Stimmung unter den Arbeitern der Arbeitsfreudigkeit nicht förderlich war, braucht nicht erst betont zu werden. Diese Situation nützte die Regierenden zu ihrem schon längst geplanten Gewaltstreich aus. Nachdem einige Generalisationen in die Presse lanciert waren, schritt man zur Schließung der Werkstätten und der Entlassung sämtlicher Arbeiter. Wie rigoros vorgegangen wurde, lehrt ein Vorgang bei der Schließung der Eisenbahnwerkstätte Nied. Die Frankfurter Zeitung berichtet hierüber folgendes:

„Wir brachten eine Mitteilung des Wolffbüros, worin es heißt seit mehreren Tagen sei der Arbeiterschaft bekanntgegeben worden, daß die Löhne aller Arbeiterklassen vom 1. Januar ab beträchtlich erhöht würden; gleichzeitig sei der Pauschalvorschuß der Lohnsteigerung für alle Arbeiter, auch Handarbeiter, von 40 auf 80 % für die Stunde erhöht worden. Die Wirkung sei eine unerwartete gewesen. Während in anderen Werkstätten daraufhin die Leistungen auf ihre frühere Höhe zurückkehrten, sei in Nied — entsprechend einem Beschluß auf Arbeit nach Vorschrift in verschärfter Form — das Arbeitsergebnis demart gesunken, daß von erst zu nehmender Arbeit überhaupt nicht mehr gesprochen werden konnte. Hierzu schreibt uns die Ortsverwaltung des Deutschen Eisenbahnerverbandes: „Die Erhöhung der Pauschalvorschußsumme wurde den Arbeitern in Nied am 16. Januar bekannt gemacht, am 17. Januar wurde von Berlin die Schließung verfügt. Wie kann eine Verwaltung von Freitag bis Samstag die Wirkung der Erhöhung der Pauschalvorschußsumme auf die Arbeitsleistung prüfen, nach Berlin berichten, dort einen Beschluß herbeiführen und diesen in dieser Zeit nach Frankfurt übermitteln? Tatsächlich ist folgendes richtig: Die Schließung wurde ohne Prüfung der eingetretenen Wirkung verfügt, den in Frage kommenden Organisationen nicht Zeit gelassen, auf Grund der neuen Verhältnisse einen neuen Beschluß herbeizuführen.“

Dieser Schließung in Nied folgten in kurzer Zeit Berlin 1 und 2, Breslau 2 und 4, Stargard, Sebaltsbrück (Bezirk Hannover), Zernsdorf 1 und 2, Selb (Bezirk Magdeburg), Frankfurt a. M., Jena, Gotha und Königsberg i. P. Nebenbei scheint versucht zu werden, die Werkstätten privatkapitalistischer Ausbeutung zugänglich zu machen, genau so wie es schon mit den übrigen staatlichen Betrieben geschehen ist. Die gemündeten Erklärungen über die neuen Betriebsleitungen lassen allerlei vermuten. Daß bei Eröffnung der Betriebe nur diejenigen Arbeiter wieder eingestellt werden, welche sich unter schriftlich verpflichten, den getreuen Frivolin zu machen, braucht nicht erwähnt zu werden, war doch dieses der Zweck des ganzen Manövers. Mit Stockschlägen auf den Magen sollen die Arbeiter in das Joch getrieben werden.

## Die Schwarzen an der Arbeit

Die Entwicklung der freien Gewerkschaften, insbesondere unserer Verbände, scheint der christlichen Gewerkschaftsbewegung und ihren Hintermännern sehr auf die Nerven gefallen zu sein. Mit Flugblättern, Sirkularen und in Versammlungen läßt man alle Mienen springen, um die Arbeiter in die christliche Organisation hinein zu bekommen und dort zu behalten. Es ist ein Schauspiel für die Götter, wenn man die Kraftanstrengungen der Geistlichkeit beobachtet, die Arbeiter in die christlichen Verbände zu dirigieren, die sie früher selbst mit allen Mitteln bekämpften. Wenn die christlichen Gewerkschaften für ihre Organisationen werben und wirken, so ist das ihr gutes Recht; nur kann man verlangen, daß sie nicht mit unsauberen Mitteln arbeiten. Aber genau so, wie die Käse das Mäusen nicht lassen kann, können eine Anzahl christlicher Führer nicht christlich und ehrlich handeln. Der Zweck heiligt die Mittel, dies ist der Grund, nach dem sie kämpfen. Selbst in der Kriegszeit, als alle drei Organisationen in vielen Fragen aufeinander gingen, mußte manchmal das unchristliche und unehrliche Verhalten in den Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft verurteilt werden, nicht nur von uns, auch von den Vertretern des Gewerkschaftsbundes (G.-B.). Nach der Revolutionszeit scheint es aber bei einzelnen christlichen Führern durch die Zunahme der Mitglieder in den freien Gewerkschaften im Überfließen nicht mehr ganz in Ordnung zu sein. Die Diagnose wird wohl auf „gänzlich krankhaft“ lauten nach den Flugblättern und Sirkularen, die überall herumflattern. Als früherer überzeugter Christ ekle einen diese Manöver an, und man ist froh, früh genug mit solchen Leuten gebrochen zu haben. Aber auch in der christlichen Metallarbeiter-verbands-Zeitung treten schlimme Symptome von Lohndruck- und Lügenanfällen auf. Man braucht ja nur die Nr. 49 des Deutschen Metallarbeiters vom letzten Jahr einmal anzusehen. Ich will mich heute mit den Hintermännern der christlichen Arbeiterbewegung befassen und zeigen, wie die Christlichen in Rheinland und Westfalen „hambeln“.

Die katholischen Arbeitervereine in Rheinland und Westfalen gehen schon seit Monaten dazu über, diejenigen Mitglieder, die zu den freien Gewerkschaften übertritten, dadurch zu strafen, indem sie ihnen mitteilen, daß die Mitglieder der bisher erwerbenden Rechte in der Zofe- und Leofasse (Sterbeunterstützung) verlieren würden, weil Angehörige der katholischen Arbeitervereine nicht Mitglieder der freien Gewerkschaften sein dürften. (Und diese Gesellschaft jammert dann noch über den Organisationszwang, der von den Freien ausgeht wird.)

Aber zur Angelegenheit sei bemerkt, daß auf eine Beschwerde an das Reichsarbeitsministerium man sich dort um die Sache kümmerte. Der Verband der katholischen Arbeitervereine hat selbst zugeben müssen, daß beim Ausscheiden von Mitgliedern aus den Arbeitervereinen sie ihre erworbenen Rechte aus der Leofasse (Lebensversicherungsbank auf Gegenseitigkeit in Köln) nicht verlieren, selbst wenn sie aus dem katholischen Arbeiterverein ausgeschieden werden. Wenn die Zofe- und Leofasse auch eine solche allgemeine Kasse ist, wird daselbe auch dabei zutreffen. Wenn ehemalige Mitglieder der katholischen Arbeitervereine oder Mitglieder derselben, die in die freien Gewerkschaften eintreten wollen, mit dem Entzug ihrer Rechte aus den vorgenannten Kassen bedroht werden, so mögen diese sich nur an die nach §§ 2 und 3 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 zuständigen Aufsichtsbehörden wenden. Dies ist die Landesbehörde, also Bürgermeister, Landrat usw., damit dem unfairen Treiben Einhalt geboten wird.

Es wird aber auch noch weiter gegen die freien Gewerkschaften in den katholischen Arbeiter- und Gesellenvereinen gewählt. Folgendes Zirkular wurde uns zur Verfügung gestellt:

**Katholischer Gesellenverein Nevißes.**  
 Liebes Vereinsmitglied! In der letzten Generalversammlung des Gesellenvereins am 2. Nov. 1919 wurde unter allgemeiner Zustimmung die Tatsache lebhaft beklagt, daß recht viele Mitglieder unseres katholischen Vereins zugleich Mitglieder der freien Gewerkschaften seien. Einstimmig wurde erklärt, daß das ein unhaltbarer Zustand sei, der unbedingt beseitigt werden müsse, zumal es jetzt jedem Arbeiter ein Leichtes sei, auch hier in Nevißes sich christlich zu organisieren. Folgendes wurde daher zum einstimmigen Beschluß erhoben:

Jedes freizugewanderte Mitglied des Gesellenvereins hat sich bis zum 1. Februar 1920 zu entscheiden, ob es den christlichen Gewerkschaften beitreten will oder nicht. Wer bis zum genannten Termin nicht aus den freien Gewerkschaften ausgeschieden ist, kann von da an nicht mehr als Mitglied des katholischen Gesellenvereins gelten.

Damit nun genügend Aufklärung in dieser Frage geschaffen wird, wurde zugleich beschlossen, vom Herrn Gewerkschaftssekretär Lendorf, Welsberg, einen entsprechenden Vortrag halten zu lassen. Dieser Vortrag wird sein am kommenden Montag den 1. Dezember, abends 8 Uhr in unserem Vereinslokal. Zu diesem Vortrag sind Sie herzlich eingeladen und wird auf Ihr Erscheinen besinnlich gerechnet. Mit kolping'schem Gruß Der Vorstand. Der Präses.

Welche Mühe und Kraftanstrengungen leistet man sich, um die Arbeiter im Zentrumsschleppnetz zu halten. Wie wird wohl der Gewerkschaftssekretär Lendorf im Schweiß seines Angesichts die freien „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften wieder einmal verleumdet und vernichtet haben. Aber vergeblich wird die Mühe sein, wenn die freien Gewerkschafter in ihrer Aufklärungsarbeit nicht nachlassen und ihre Pflichten erfüllen. Es muß aber doch recht schlecht um die Sache der „lieben Christlichen“ bestellt sein, wenn sie schon mit solchen Mitteln den „Geistesstump“ führen. Was riesenhafte Anschwellen der freien Gewerkschaften muß den Schwarzen doch mächtig in die Glieder gefahren sein. Um unseren „Freunden“ von der anderen „Fakultät“ noch mehr Freude zu bereiten, muß die Parole für alle freien Gewerkschafter sein: Nun erst recht an die Aufklärungs- und Agitationsarbeit!

**Mitteilung!**

**Begefall.** Am 16. Januar wurde in das Büro der Ortsverwaltung eingebracht. Den Dieben sind verschiedene Wertgegenstände in die Hände gefallen, darunter der ovale Verwaltungstempel und der Namenszugstempel des Bevollmächtigten. Es besteht die Möglichkeit, daß diese Stempel zu Betrügereien und Fälschungen benutzt werden. Wir bitten die Kollegen, etwaige Wahrnehmungen an die Verwaltung in Begefall zu richten.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
 Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 8. Febr. 1920 der 7. Wochenbeitrag für die Zeit vom 8. bis 14. Februar 1920 fällig ist.

Für den neugebildeten Bezirk Döprensien, Sie Königsberg, wird zum sofortigen Antritt ein **Bezirksleiter** gesucht.

Kollegen, die mehrere Jahre in der Arbeiterbewegung tätig, mit allen vorzukommenden Arbeiten innerhalb unseres Verbandes vertraut und in der Agitation bewandert sind, wollen ihre Bewerbung beim **Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Adenstr. 16, bis zum 21. Februar 1920** einreichen. Die Bewerbungen sind mit der Aufschrift „Bezirksleiter“ zu versehen und werden der erweiterten Bezirkskommission zur Prüfung überwiesen.

Bei Bestellung von Ersatzbüchern ist der Betrag von 1 Mk. bei Ersatz-Mitgliedschaftsausweisen von 50 Pf. pro Stück einzuzahlen.

Verwaltungsstellen, welche Ersatz-Mitgliedschaftsausweise zur Selbstausstellung am Plage wünschen, haben für die bestellte Anzahl ebenfalls den Betrag von 50 Pf. pro Stück mit der Bestellung einzuzahlen, andernfalls bleiben die Bestellungen unberücksichtigt.

Bei Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ist stets die allgemeine Adresse: **Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Adenstr. 16 A**, zu verwenden, da bei Zuschriften an einzelne Vorstandsmitglieder bei deren Ortsabwesenheit unliebsame Verzögerungen nicht zu vermeiden sind.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Ertragssteigerung
	I	II	III	
Welsberg	80	25	15	4. Beitragswoche
Hörbe	50	30	15	8.
Sieglitz	20	10	10	1.

Die Nichtbegahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

**Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:**  
 Auf Antrag der Verwaltungstelle Leipzig:  
 Der Metallarbeiter Heinrich Über, geb. am 24. Mai 1896 zu Hof, Buch-Nr. 3,104,207, wegen Unterschlagung von Streikmarken.

**Gehtoben wurde:**  
 Mitgliedsbuch-Nr. 821471, lautend auf den Kernmacher Arno Starke, geb. am 9. September 1876 zu Doyßig. (Zeich.)  
 Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

**Zur Beachtung! - Zugzug ist fernzubalten:**

- von Bandagisten und Orthopädiemechanikern nach Kassel L.;
- von Drechern nach Soest (Fa. Ruthemeyer) D.;
- von Formern und Sicherheitshilfsarbeitern nach Soest (Fa. Ruthemeyer) D.;
- von Gelbmetallearbeitern nach Cannstatt (Fa. Pfeiffer) D.;
- von Grabenern (Metall-) nach Rheindt (Fa. Herm. Schütz A.G.) D.;
- von Instrumentenmachern nach Kassel L.;
- von Kesselschweißern nach Soest (Fa. Ruthemeyer) D.;
- von Klempnern und Installateuren nach Greifswald i. Pommern (Fa. Alfred Kühn) M.;
- von Metallarbeitern nach Braunschweig (Automobilfabrik G. Büßing) St.; nach Bremen L.; nach Grailshelm St.; nach Danzig D.; nach Dortmund L.; nach Gelsenkirchen (Fa. Keller, Automobilreparaturwerkstätte) D.; nach Görde i. W. und Ang. L.; nach Kehl i. B. (Sofalbau Kehl) L.; nach Lindau D.; nach Magdeburg (Fa. Mühlstephan, Drehtische) D.; nach Thora L.; nach Weimar M.;
- von Schmitt- und Stanzmaschinen, Schlossern, Drechern und Stahlgraveuren nach Zwickau (Fa. Rob. Köhler) L.;
- von Werkzeugmachern nach Vallendar (Fa. Joh. Krüch) L.;
- von Zinngießern nach Regensburg (Fa. Eugen Wiedemann) M. L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; W. = Währungsregelung; W. = Währungsfrage.

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

**Berichte**

**Vom Verbandstage.**

**Geselsberg.** Unsere außerordentlich stark besuchte Generalversammlung fand bei Geitel-Schwelm statt. Beim Punkt „Geschäftliches“ stellten sich unsere sämtlichen angeordneten Kollegen zur Neuwahl. Ihre einstimmige Wiederwahl bewies, daß sie das Vertrauen der gesamten Kollegenchaft haben. Den Geschäfts- und Kassenbericht gab Kollege Doodt. Er gedachte zunächst des Kollegen Herrn Müller, der durch seine langjährige Tätigkeit im Dienste des Verbandes sein Bestes für die Organisation hergegeben habe, jetzt aber in den Dienst der Stadt Geselsberg getreten ist. An seine Stelle wählte die Generalversammlung den Koll. Dillinghaus zum 1. Bevollmächtigten. Die Entwicklung unserer Verwaltungstelle ist eine äußerst günstige, sowohl an Mitgliederzuwachs als auch finanziell. Wir haben jetzt 8500 Mitglieder. Koll. Doodt fordert zur Schulung der Mitglieder auf, die notwendig sei zur Lösung der gewaltigen Aufgaben, die unserer harrten. Dann gab Koll. Doodt den Bericht von der Generalversammlung in Stuttgart. In der sich anschließenden Diskussion bemängelten einzelne Kollegen einzelne Beschlüsse, insbesondere die Nichterhöhung der Gewerkschaftenunterstützung und die Laizität des jetzigen Hauptvorstandes. Es war dem Koll. Dillinghaus ein Leichtes, diese Einwände zu zerstreuen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am 17. Januar in Schwelm tagende außerordentlich stark besuchte Generalversammlung der Verwaltungstelle Geselsberg des D. M. V. erklärt sich mit den Beschlüssen der 14. Generalversammlung in Stuttgart einverstanden. Sie erwartet, daß der Hauptvorstand in konsequenter Weise im Sinne dieser Beschlüsse handelt und begrüßt es ganz besonders, daß die Generalversammlung nicht die Gewerkschaftenunterstützung erhöht hat, sondern alle Mittel für den Kampf bereitgestellt hat.“ Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß Koll. Doodt mit einem Appell, die Organisation geschloßen zu erhalten, die Generalversammlung.

**Gotha.** Die am 4. Januar im großen Saale des Gewerkschaftshauses tagende Generalversammlung war außerordentlich stark besucht. Kollege Lang gab den Geschäftsbericht; durch das starke Anwachsen der Mitgliederzahl machte sich die Umstellung eines Geschäftsführers notwendig. Die Wahl ist auf den Kollegen Richter (Berlin) gefallen. Die Aussichten für die Vorwärtsentwicklung des Verbandes im neuen Jahr sind sehr günstig. Hierauf nahm Dr. Duncker zu seinem Vortrag über die Arbeiterhochschule das Wort. Er erörterte die Bedeutung derselben für die Arbeiterchaft und forderte auf, sich rege daran zu beteiligen. Es wurde die Wahl der Ortsverwaltung und der Kartelldelegierten vorgenommen. Die alten Kollegen wurden wiedergewählt. Von Kollege Damm wurde eine Resolution eingebracht, welcher folgendes zu entnehmen ist: Die Generalversammlung stellt sich voll und ganz auf den Boden der Beschlüsse der Generalversammlung in Stuttgart. Sie begrüßt es, daß die Mehrheit der Generalversammlung von den Arbeitsgemeinschaften abgerückt und sich zum Klassenkampf bekannnen. Eine Zersplitterung der Gewerkschaften muß unter allen Umständen vermieden werden. Das Ratesystem muß ausgebaut werden, um der Arbeiterchaft ein Kontroll- und Mitbestimmungsrecht zu sichern. Das Ziel der Gewerkschaft muß neben der wirtschaftlichen Interessenvertretung der Arbeitermassen die Beseitigung des Kapitalismus und die Verwirklichung des Sozialismus sein.

**Suhl i. Th. und Ung.** In zwei Generalversammlungen, die kurz hintereinander stattfanden, beschäftigte man sich zunächst mit den Beschlüssen der Generalversammlung in Stuttgart. Kollege Heyme-Suhl hielt ein ausführliches Referat über die Neuorganisation des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der zentralen Stellungnahme der Delegierten der Mehrheit auf der Stuttgarter Generalversammlung. Der Umbau auf revolutionären Klassenkampf haben wir in der Widerhall auch in den anderen Gewerkschaften gefunden. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband habe auf diesem Gebiete bahnbrechend gewirkt. Auch das Unterstützungswesen sei der Zeit der politischen und wirtschaftlichen Kampfe angepaßt worden. Die diesmalige Generalversammlung habe wirklich positive Arbeit geleistet. Seine Ausführungen fanden einstimmige und begeisterte Zustimmung. Sämtliche Diskussionsredner erklärten sich mit den Beschlüssen einverstanden. Dem Geschäftsbericht des Kollegen Anshütz war zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl sich auf 8000 erhöht hat. Der Erhebung eines Lokalzuschlages von 20 g wird einstimmig zugestimmt. Um eine zuverlässige Eintreibung und Hausagitation zu betreiben, wurde beschloßen, fünf Hauskassierer anzustellen entsprechend den Anstellungsbedingungen der Generalversammlung. Seit dem 1. Januar ist auch die Verwaltungstelle Goldlauter-Heiderbach mit annähernd 500 Mitgliedern zur Verwaltungstelle Suhl übergetreten. Der zurzeit abgeschlossene Tarif schließt mit einem Höchstlohn von 10 für gelehrte Arbeiter von 3. ab. In Anbetracht der immer trostloser werdenden Wirtschaft- und Lebensverhältnisse wird dieser Tarif als ein nur kurzfristiger angesehen. Alles in allem: die Metallarbeiterbewegung schreitet in Suhl und Umgebung für den Deutschen Metallarbeiter-Verband unaufhaltsam vorwärts. Hätte die letzte Generalversammlung nicht die gewünschte Klärung in der Gewerkschaftsstatut gebracht, dann hätte die hierige Verwaltungstelle mit erheblichen Schwierigkeiten zu rechnen gehabt. Auch die heutige Schreibweise unseres Organs trägt zu einer weit energischeren Aufklärung und Auffklärung der Massen bei, als dies früher der Fall war. Alle Kräfte auf dieser Basis auch weiterhin vereint, und die Metallarbeiterbewegung wird unerschrocken ihren Siegeszug über Kapitalismus und Ausbeutung auf der ganzen Linie halten.

**Kupferschmiede.**

**Ganan.** Die Kollegen hier verlangten schon seit Jahren den Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Unter kleiner Berufsverband hat schon lange vor dem Kriege seine Berechtigung verloren, die reinen Kupferschmiedebetriebe sind verschwunden und heute arbeitet die übergroße Mehrzahl der Kollegen in den gemischten und in Großbetrieben. Ohne Rücksicht auf ihre eigene Organisation sind deshalb auch die Abmachungen des D. M. V. für die Kupferschmiede bindend. Wenn die Vereinigung schon früher ein Fortschritt und eine ökonomische Maßnahme gewesen wäre, so ist es heute

geradezu eine Verfindigung an den proletarischen Interessen, wenn sich ein kleiner Verband von 6000 Mitgliedern den Luxus einer eigenen Zentralorganisation leisten, am nur noch, solange es geht, mit der alten bankrotten Gewerkschaftsstatut fortzuwursteln. Unsere letzte Generalversammlung hat leider auch in dieser Frage wieder nicht das geringste Verständnis gezeigt. Mit 17 von 7 Stimmen beschloßen nun die hiesigen Kollegen, zum D. M. V. überzutreten. Zu einer weiteren Versammlung erschien der Verbandsvorsitzende aus Berlin. Derselbe hält das kleine Berufsverbändchen trotz alledem für besser und suchte durch Warnen, Bitten und unmögliche Versprechungen die Kollegen von ihrem Vorhaben abzuhalten. Daß er mit seinen Ausführungen mehr seine eigenen Interessen im Auge hatte, wollte er natürlich nicht zugeben, aber die nochmalige geheime Abstimmung enthielt die Meinung der Kollegen und ergab 18 für und 4 Stimmen gegen den Übertritt. Durch unsere Tat wollen wir der Kollegenchaft im Reich das Signal geben zum Zusammenschluß der Handarbeiter, zunächst im Industrieverband mit revolutionärer Laizität. Hoffentlich finden die Kupferschmiede in ihrer Gesamtheit nunmehr bald den Weg zur natürlichen, notwendigen Organisationsform, mit oder ohne Hilfe des Zentralvorstandes.

**Metallarbeiter.**

**Essen.** Eine am 4. Januar 1920 tagende Vertrauensmänner-versammlung besaßte sich mit der stattgefundenen Bezirkskonferenz am 27. und 28. Dezember 1919 in Essen. Den Bericht erstattete der Kollege Steinhauer. Er führte unter anderem aus, daß die Verteilung des 7. Bezirks mit 84 gegen 32 Stimmen beschloßen wurde. Wohl entstandene Meinungsverschiedenheiten über einzelne Grenzfreistellungen, die aber in späteren Verhandlungen erledigt werden können. Die überaus starke Zunahme an Mitgliedern, sowie die Häufung der Arbeit macht, um eine Vereinfachung und schnellere Erledigung zu bewerkstelligen, die Teilung des Bezirks notwendig. Zu der Bildung von Aktionsausschüssen im 7. Bezirk waren die Meinungen der Delegierten der einzelnen Orts verschieden, jedoch brach sich der Gedanke durch, wenn schon Bedenken bestehen, es sei zweckmäßig, daß sich die Gewerkschaften in denselben betätigen. Dazu wurde folgende Resolution gegen wenige Stimmen angenommen: „Die am 28. Dezember tagende Bezirkskonferenz des 7. Bezirks in Essen betrachtete die Bildung von Aktionsausschüssen als eine tatsächliche Frage und ist der Meinung, daß bei Bildung von Aktionsausschüssen versucht werden muß, daß unsern Mitgliedern umgehend die Initiative des Handelns bleibt. Die vom Kollegen Haas, Köln, eingebrachte Resolution zu der Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung wurde lebhaft diskutiert. Auch war die Meinung recht verschieden. Bei dieser Gelegenheit gab es recht tümliche Auseinandersetzungen und die Resolution Haas wurde mit 58 gegen 52 Stimmen angenommen. Als letzter Punkt wurde die Kohlenfrage behandelt, die in der Hauptsache die an der Peripherie des Kohlengebietes liegenden Verwaltungstellen besonders beschäftigte. Zu den Wahlen zum erweiterten Beirat des Vorstandes sowie zur erweiterten Bezirkskommission wurde nach Viten abgestimmt und ergab eine Mehrheit für die Liste der Opposition (Verbandsratsmehrheit). An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen, die den Standpunkt der Bezirkskonferenz über die Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung mißbilligten und folgende Resolution empfahl, die gegen eine Stimme per Annahme gelangte: „Die am 4. Januar tagende Vertrauensmänner-versammlung der Ortsverwaltung Essen nahm den Bericht von der Bezirkskonferenz des 7. Bezirks entgegen. Sie begrüßt und ist sehr erfreut über den neuen Geist, der jetzt aus der Metallarbeiter-Zeitung hervorgeht. In Hervorhebung der Tatsache, daß wir zur Verbandsgeneralversammlung fünf Kollegen geschickt haben, die alle fünf an der Umstellung des Verbandes in unserm Sinne mitgearbeitet haben, ersuchen wir Vorstand und Schriftleitung nicht zu erlahmen, sondern unentwegt weiter zu arbeiten, um unsern Verband in nicht zu langer Zeit zum Instrument des Klassenkampfes zu machen.“ In einem weiteren Punkt der Tagesordnung gab der Kollege Wolf den Bericht der erweiterten Ortsverwaltung über die Weiterführung der Betriebsrätefrage. Beschloßen wurde mit großer Majorität, daß die Mitgliedschaft umgehend Stellung nehmen solle, in den Betrieben geeignete Kollegen als Betriebsräte in Vorschlag zu bringen. Dieselben sollen durch besondere Spezialisten in die Buchführung und sonstigen Notwendigkeiten im Managen ein-geführt werden. Kollege Wolf berichtete noch kurz über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband am 23. Dezember 1919, sowie über die eingereichten Forderungen bei der Firma Krupp.

**Kauerndorf b. Altenburg.** Im Laufe des letzten Jahres hat man in der Arbeiterchaft der Frage der tariflichen Festlegung der Löhne durch Mindestlöhne einigermassen Rechnung getragen. Die Höhe dieser Mindestlöhne ist von örtlichen Verhältnissen und der Organisationsstärke abhängig. Eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterchaft ist dadurch leider zum größten Teil nicht eingetreten. Beim Abschluß der Tarife wurden die Existenz- und Lebensbedingungen der Arbeiter von verschiedenen Gesichtspunkten bewertet. Der Gesichtspunkt, daß auf dem Warenmarkt von einem schlecht bezahlten Arbeiter dieselben Preise gefordert werden, wie von dem höher bezahlten, hat noch nicht genügend Beachtung gefunden. In letzter Zeit sind Erscheinungen zutage getreten, die Abstrufungen nach Altersgrenzen sind einige Stufen zu vermehren. Geber wird dieser Standpunkt von egoistischen Arbeitern als richtig anerkannt. Bei den Abschlüssen in den lebenswichtigen Gebieten, zum Beispiel Vergbau, wurde dem Unternehmertum von den Regierungsvertretern vorteilhafte Preissteigerung zugestanden. Beim Abschluß des mitteldeutschen Braunkohlentarifs, an welchem unser Verband mit annähernd 10000 Kollegen beteiligt war, wurden die Arbeiter zum größten Teil vor vollendete Tatsachen gestellt, weil vor Abschluß keine genügende Stellungnahme zum Tarif in die Wege geleitet wurde. Hoffentlich werden in nächster Zeit seitens unserer an diesem Tarif beteiligten Kollegen die Vorbereitungen nicht aus dem Auge gelassen. Es kann nicht angehen, daß man wiederum erklärt, diese oder jene Gegend war noch so und soviel rückständig. Zum Beispiel sollen im Halle'schen Bezirk noch Mindestlöhne von 12 M. befristet haben, als Altenburg-Metallwerk bereits 15 M. hatte. Die Kohlenpreise waren meines Erachtens fast die gleichen. Im Altenburger Revier war angeblich eine Unterbilanz entstanden, welche aber nicht zum Zusammenbruch führte, sondern die Werte sind nach wie vor befristet. Unterbilanz zu tragen zum Wohle der Allgemeinheit. Ein besonders heißes Gebiet ist die Frage der sogenannten Deputatlohn. Früher erhielt der Arbeiter nach einigen Monaten 70 Ztr. zum Vorzugspreis von 0,40 M., weitere 30 Ztr. für 0,50 M. Diese Ausgabe betrug 43 M. Jetzt erhält man 80 Ztr. frei. Diese Menge reicht nicht für ein Jahr und Haushalt; die noch nachzuliefernde Menge wird mit 60-80 M. zu berechnen sein. Ein Vorteil ist dem Arbeiter nur dadurch entstanden, daß zur Deputatlohn kein Bezugsschein vom Arbeiter verlangt wird. Gegenüber der Allgemeinheit eine behördlich gutgeheißene Überverkostung. Dazu kommt noch, daß der ausgemergelte Proletarier seine Kohle faktweise auf dem Rücken nach Hause schleppen muß. Die Transportkosten sind also sehr schwer erspürbar. In den Wertstätten sind oftmals noch sehr rückständige Werkzeuge. Dies trägt nicht zur Beschleunigung der Reparaturen bei. Wenn trotzdem die Leistung im Braunkohlenbergbau ziemlich den Stand in Friedenszeiten erreicht hat, trotz der Ermangelung einer ausreichenden Ernährung, so ist dies nur möglich dadurch, daß die Reparaturen zum Teil von Deuten ausgeführt werden, die früher im Neubau und Herstellung der technischen Hilfsmittel gearbeitet haben. Wie viele Kollegen sind gezwungen, jetzt in der Kohlen-gewinnung zu arbeiten, die dies früher weit von sich gewiesen haben. Ein Mißstand von schwerwiegender Bedeutung ist, daß ein großer Teil des Werkstättenpersonals keine Lehrzeit in ihrem angenommenen Berufe hat. Die Zuschläge für Überstunden, Sonntags- und Nachtarbeit müssen auch einmal einheitlich geregelt werden, bestehen hierin doch noch traffe Unterschiede. Ein ganz besonderes Gebiet ist der Beitrag zur Knappschäfts- und Pensionskasse. Hier sind die Leistungen dieser Kassen gering gegenüber der Höhe des von ihnen erhobenen Beitrags. In dieser Hinsicht ist noch vieles ungebaut, bevor der soziale Zweck dieser Einrichtungen erfüllt wird. Dies kann aber nur erreicht werden, wenn die Kollegen des Metallarbeiter-Verbandes,

